

Stellungnahme



**Verband
arbeitsmarktpolitischer
Dienstleister in Bremen e.V.
Stavendamm 8
28195 Bremen**

Tel.: 0421 37 87 75 35
Fax: 0421 37 87 75 99
E-Mail: hausen@vadib.de

Die im Verband arbeitsmarktpolitischer Dienstleister in Bremen zusammengeschlossenen Beschäftigungsträger reagieren mit dieser Stellungnahme auf die zunehmende öffentliche Kritik der vergangenen Tage an dem arbeitsmarktpolitischen Instrument der Arbeitsgelegenheiten nach §16d SGB II in der Variante Mehraufwand („1-Euro-Jobs“, in Bremen: „Integrations-Jobs“) und verbinden dies mit dem Wunsch einer differenzierteren Außendarstellung der verschiedenen Maßnahmen.

Integrations-Jobs sind das zentrale Instrument in öffentlich geförderter Beschäftigung in Bremen. Die beteiligten Akteure (Träger, bremer arbeit gmbh, Senatorin für Arbeit und BAglS) haben seit der Einführung dieses Instruments im Jahr 2005 insgesamt erfolgreich zusammengearbeitet. Dabei bieten die vielfältigen Maßnahmen verschiedenste Möglichkeiten für die Betroffenen aus der teilweise stark verfestigten Langzeitarbeitslosigkeit wieder den Anschluss an ein aktives Erwerbsleben zu erlangen. Unsere Mitglieder haben dabei die Aufgabe für langzeitarbeitslose Menschen Übergänge in den aktiven Arbeitsprozess zu organisieren, der letztendlich der Integration in den ersten Arbeitsmarkt dienen soll. Integrations-Jobs haben sich dabei in Ihrer anpassungsfähigen Form als ein sehr wirksames Instrument im Bereich der öffentlich geförderten Beschäftigung erwiesen. Die stigmatisierende Darstellung dieses Maßnahmetyps in der Öffentlichkeit gefährdet dabei nicht nur die erfolgreiche Arbeit der Träger, sondern diskreditiert vielmehr die beschäftigten Menschen in den verschiedenen Einrichtungen. Der weitaus größte Teil der Menschen in den Maßnahmen üben ihre Tätigkeit gerne aus, empfinden ihre Arbeit als sinnvoll und übernehmen Aufgaben die sie sich vorher vielleicht nicht zugetraut hätten und stärken so ihr Selbstvertrauen. Sie erfahren, häufig zum ersten Mal in Ihren Erwerbsbiographien, berufliche Bestätigung sowie Kollegialität und schaffen sich soziale Strukturen. Diese Erfolge sind nur auf der Basis der absoluten Freiwilligkeit der Teilnahme zu erzielen und die Träger unterstützen dabei die Beschäftigten durch eine zielgerichtete soziale Betreuung und

systematische Qualifizierung. Nur so können passgenaue Übergänge und Fördermöglichkeiten geschaffen werden, um einer erfolgreichen Integration in den allgemeinen Arbeitsmarkt Vorschub zu leisten.

Dabei müssen folgende grundsätzliche Überlegungen zu Integrations-Jobs beachtet werden:

1. Sie dienen der Erhaltung bzw. dem Wiederaufbau der Beschäftigungsfähigkeit, um so eine Brückenfunktion zurück in die ungeforderte Arbeit zu übernehmen.
2. Sie dienen der persönlichen Stabilisierung und sozialen Integration der Menschen.
3. Sie sollen das brachliegende Arbeitsvermögen zum Nutzen des Gemeinwesens aktivieren. Daher sind die Tätigkeiten stets im öffentlichen Interesse und die Zusätzlichkeit der Arbeiten ist gewährleistet.
4. Sie liefern wichtige Hinweise für eine Strategie der weiteren Förderung der Betroffenen bis zur regulären Arbeitsaufnahme (Eignungs- und Interessenschwerpunkte, Ermittlung der Qualifikationsbedarfe, Motivation).
5. Öffentlich geförderte Beschäftigung nach § 16d SGB II in der Variante Mehraufwand ist immer nachrangig gegenüber Vermittlung in Arbeit oder Ausbildung, Qualifizierung und anderen Eingliederungsinstrumenten („Ultima Ratio“).

Die Beschäftigungsträger in Bremen haben sich diesen Zielen immer verpflichtet gefühlt und leisten einen wertvollen Beitrag, um benachteiligten Bevölkerungsgruppen Integration und gesellschaftlicher Partizipation zu ermöglichen. Den Menschen werden dabei aber nicht nur Beschäftigung, Qualifizierung und Perspektiven geboten, sondern die Maßnahmen sind eng an den Aufgaben unseres Gemeinwesens orientiert und sorgen gleichzeitig für die Verbesserung der sozialen Infrastruktur vor Ort. In benachteiligten Stadtteilen wurden mit ihrer Hilfe sozial stabilisierende Strukturen geschaffen - vielfältige Beispiele aus benachteiligten Quartieren belegen dies.

Bremen, den 15.11.2010